Das verfassungspolitische Kernproblem Elsass-Lothringens von 1871 bis 1918 und der Vorschlag von Michel Bréal 1913

Prof. Dr. Stefan Fisch



Aufbau

Elsass-Lothringen war als "Reichsland" kein "Bundesstaat"

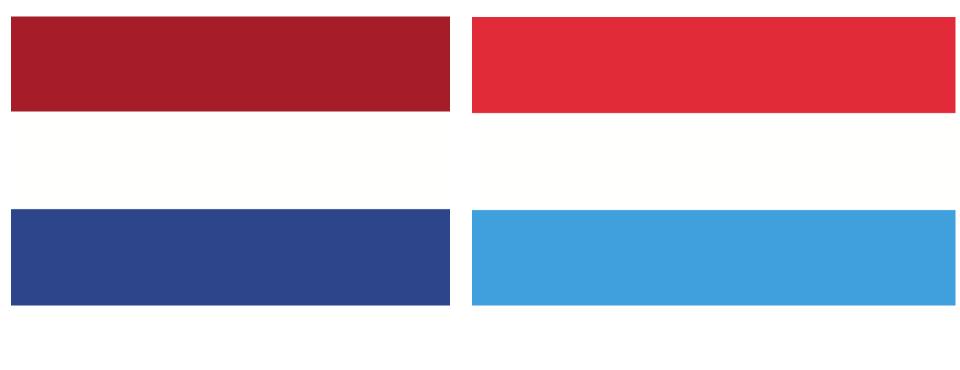
Michel Bréal und die Neutralisierung von Elsass-Lothringen im Kontext der Balkankrise von 1913

Ungenutzte Chance im Ersten Weltkrieg zur inneren Befriedung

Wiederholung Oktober 1918 als ungeeigneter Versuch zu ungeeigneter Zeit

Bréal 1913 und Schwander 1918

Kontext Luxemburg-Krise 1867



Kontext 1867: Luxemburg-Krise

Herzogtum Luxemburg in Personalunion mit den Vereinigten NL, 1815 im Deutschen Bund, Großherzogtum (SKH) und wird mit Landau und Mainz Bundesfestung, preußische Garnison.

Nach der belgischen Revolution 1830/31 muss es im international garantierten Londoner Vertrag 1839 den frankophonen Landesteil an Belgien abtreten (wird Provinz Luxembourg).

1866 Ende des Deutschen Bundes (Königgrätz)

Napoleon III. will 1867 heimlich L vom König der NL kaufen; nach großer Aufregung Neutralisierung (Schleifung der Festung) von L unter erneuter internationaler Garantie, bleibt aber Mitglied im Deutschen Zollverein (bis zu dessen Ende 1918, Versorgung mit Kohle und Absatz von Stahl)

1890 Trennung von NL (in L salische Thronfolge an Adolph, der 1866 von Preußen als Herzog von Nassau abgesetzt worden war, in NL Königin Wilhelmina)

Elsass-Lothringen als "Reichsland" kein "Bundesstaat"

Schon im Krieg 1870 mehr als nur Besatzung

- 19.7.1870 Beginn der militärischen Besatzung im Krieg zwei Tage nach Ausrufung der Republik in Frankreich erteilte Bismarck am 6.9.1870 dem Preußischen Staatsministerium den Auftrag, die "Verwaltung vollständig in diesseitige Hand zu nehmen"
 - lange vor dem Friedensvertrag wurde es anders behandelt als das übrige besetzte Frankreich
 - stiller Übergang in eine Phase königlicher Diktatur, wie in Preußen schon bei den Annexionen 1866 (Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Hessen-Nassau, Frankfurt) praktiziert

Beginn 12.9.1870 mit zwei Oberpostdirektionen in Straßburg und in Metz

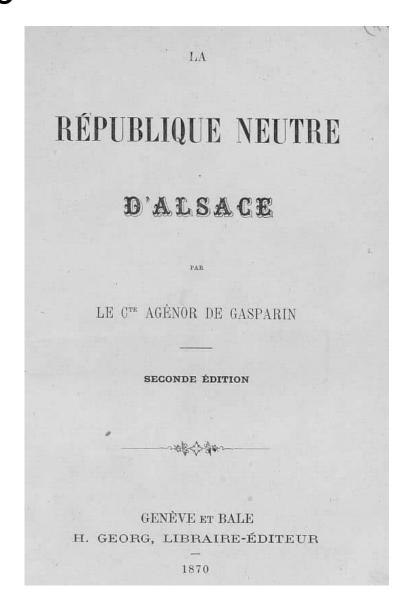
18Kidel 9737 Rheims 6 9. 70 10 . 48 .. 1314 9 To Howels in inflaviour Borlin . Mouldow in Fares aim goomforiffe Rayiaving rapublikainfor trobing ening afabyt, ist die Harrowellung der drai zum Afast gafrigen Lagur. Lements in allaw from Jerningan nolleflunding in hispathing found you nafman. If billa mit Saw Gananost. Gonorannant abov Sunavada Organifation and fairer Haven) would ungeforfred Murlogia mine fraufiffan Angenmung in dirakten Washinding za tratan and de Alaf. gaba ofer maitown Kinkfroge ferfer gar Olicfofming zo bringen. Je zvaniforifilar Anynifikion find dublifar Laundan, Savan ing miffer erfolgande Austalling men Berlin mes zu rappattion ich, fat dies Cofufer Grusola Gouranument now for out Miftong refulter.

yaz Bismarck.

Idee einer neutralen Republik Elsass Ende 1870

Abdankung Napoleon III. nach der verlorenen Schlacht von Sedan (,ab nach Kassel')

Ausrufung der (Dritten)
Republik in Paris, dagegen
Aufstand der Commune
von Paris
weiterhin deutsche
Belagerung von Paris



R

Friedensschluss 1871

Französische Republik verzichtet zugunsten des neuen "Deutschen Reiches" im Frankfurter Friedensvertrag 10.5.1871 auf EL

Terminologie im heutigen Völkerrecht: Zession (Abtretung), nicht Annexion (heute verengt auf gewaltsame A.)

Sprachgebrauch in Frankreich oft noch annexion, weil es keine Volksabstimmung gab

Legitimität von Napoleon III. 1860 durch 'Plebiszit' hergestellt in Nizza und Savoyen (131.000 Abstimmende, 235 Gegenstimmen)

Innerdeutsches Problem: Einbau in das neue Reich ohne weitere Vergrößerung Preußens (Furcht vor Kompensationsforderungen anderer Herrscher)

"Kaiserdiktatur" 1871

Gesetz zur Vereinigung von EL mit dem Reich 9.6.1871

- § 2: Reichsverfassung gilt erst ab 1874
- § 3 II: bis dahin ist der Kaiser bei der Gesetzgebung an die Zustimmung des Bundesrats gebunden
 - an bedeutet nur an: kein Parlament beteiligt!

weshalb Bundesrat: EL ist gemeinsame Kriegsbeute

§ 3 IV: danach steht dem Reich (jetzt mit dem Reichstag) das Recht der Gesetzgebung "auch in den der Reichsgesetzgebung in den Bundesstaaten nicht unterliegenden Angelegenheiten" (= Landesrecht) zu, bis das ein Reichsgesetz anders regelt (bis 1911)

Abhängigkeit: Landesrecht wird von den übrigen Bundesstaaten erlassen ohne Beteiligung von EL

Verwaltung durch einen Oberpräsidenten 1871

Einziger ,verantwortlicher' Minister (nicht im parlamentarischen Sinne) war der Reichskanzler als "oberste Verwaltungsbehörde" war ihm ein Oberpräsident in Straßburg unterstellt, darunter drei Bezirke und etwa 20 Kreisdirektionen

Oberpräsident wurde Eduard von Möller, zuvor dieselbe Aufgabe seit 1866 in Hessen-Nassau

Anpassung der Verwaltungsabläufe: Kompetenzen, die nach französischem Recht den Ministerien zustehen, kann der Reichskanzler auf Oberpräsidenten Bezirkspräsidenten übertragen

Diktaturparagraph (1871 – 1901)

Bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit ist der Oberpräsident ermächtigt, alle Maßregeln ungefäumt zu treffen, welche er zur Abwendung der Gefahr für erforderlich erachtet. Er ist insbesondere befugt, innerhalb des der Gefahr ausgesetzten Bezirkes diejenigen Gewalten auszuüben, welche der §. 9 des Gesetzes vom 9. August 1849 (Bulletin des lois Nr. 1511) der Militairbehörde für den Fall des Belagerungszustandes zuweist. Von den erlassenen Verfügungen ist dem Reichskanzler ohne Verzug Anzeige zu machen.

Bu polizeilichen Zwecken, insbesondere auch zur Ausführung der vorbezeichneten Magnahmen ist der Oberpräsident berechtigt, die in Elsaß=Lothringen

stehenden Truppen zu requiriren.

Eine Person der deutschen Verwaltung erhält grundsätzlich alle Rechte, die nach französischem Recht das Parlament mit Mehrheit dem Militär übertragen würde, und kann zusätzlich jederzeit alle Truppen in EL requirieren

in F aufgehoben 21.12.2004

https://www.legifrance.gouv.fr/loda/id/LEGITEXT000006070693/

Politische Auslassungen beim Diktaturparagraphen

Nicht übernommen werden die französischen Grundsätze,

dass die Zivilbehörden ihre Zuständigkeiten behalten (art. 7 Loi 1849) und die Bürger ihre verfassungsmäßigen Rechte (art. 11 Loi 1849)

Die Verfassungsgarantien des französischen Gesetzes können auch gar nicht wirken nicht in EL, denn es gibt dort keine Verfassung außer der Reichsverfassung, und die enthält keinen Grundrechtsteil, weil das den Bundesstaaten überlassen blieb

EXKURS Bismarck zu seiner ,Verantwortlichkeit' beim Diktaturparagraphen

Oberpräsident ist ja nur eine Behörde, nicht "verantwortlich", das ist Sache des Reichskanzlers

Wir haben den Belagerungszustand, wenn Sie es so nennen wollen, die Ausnahmegesetze ja gar nicht eingeführt, wir fans den ihn vor und haben ihn gemildert, vermindert und unter die verantwortliche Civilverwaltung gebracht. Sie würden mich nicht von der Nothwendigkeit entbinden, mich vor Ihnen über die Handhabung des Belagerungszustandes zu verantsworten, und darin liegt doch, glaube ich, eine große Garantie.

Verantwortliche Civilverwaltung' bedeutete an diesem 4.3.1874 und bis Oktober 1918 (!) lediglich, dem Reichstag, wenn er tagt, Rede und Antwort zu stehen, mehr nicht

1874 Beitritt EL zum "Bundesgebiet" des Reichs

Gesetz vom 25.6.1873 zur Einführung der Reichsverfassung ab 1.1.1874:

Art. 2: Dem in Artikel 1 der Reichverfassung bezeichneten Bundesgebiete tritt das Gebiet des Reichslandes Elsaß-Lothringen hinzu.

auch hier nicht: Beitritt als eigenständiger Bundesstaat mit eigenem Staatsoberhaupt, eigener Regierung und eigenem Parlament

EL bleibt weiterhin gemeinsame Kriegsbeute des übrigen Reiches, beschönigt als "Reichsland"

Verwaltungspraktiken gegen die Einwohner

Gegen die Einwohner dieses nicht als wirklich 'deutsch' angesehenen Landes muss man sich schützen

Passzwang für Reisen nach Frankreich – sonst in Europa außer Russland freies Reisen!

"Sicherheitsmassregeln gegen Bewohner Elsass-Lothringens"

schwarze Listen von Personen, die zur Rebellion neigen,

dabei Konflikte der zurückhaltenden Verwaltung mit ,hardlinern' im Militär und in Berlin

Aversion gegen französische Bezeichnungen (deshalb Radfahrverein ,Celeritas')

Aversion gegen ,bleu-blanc-rouge' im Alltag

"Reichsland" als Ausnahme im deutschen Föderalismus

Föderalismus bis 1918 war ein Föderalismus der "verbündeten Regierungen und Senate" (in den drei oligarchischen Republiken Hamburg, Bremen und Lübeck)

Bundesrat ist bis heute unter dem GG nicht Vertretung der Landesvölker, sondern der Landesregierungen

EL war eine unter den Monarchen (!) nicht aufteilbare (siehe absurde Diskussionen noch im Oktober 1918) und deshalb nicht aufgeteilte gemeinsame Kriegsbeute und wurde als gemeinsames Territorium der Bundesstaaten, also des übrigen Deutschen Reichs ohne EL behandelt

Indikator dafür: die verfassungsrechtliche Nicht-Gleichstellung im Bundesrat

"Reichsland" bezeichnet, dass es eben kein Bundesstaat war und dem Reich untergeordnet war

Staatsrechtliche Kritik in Deutschland

Außenseiter in der Staatsrechtslehre

Robert Redslob: Abhängige Länder. Eine Analyse des Begriffs von der ursprünglichen Herrschergewalt. Zugleich eine staatsrechtliche und politische Studie über Elsaß-Lothringen, die österreichischen Königreiche und Länder, Kroatien-Slavonien, Bosnien-Herzegowina, Finnland, Island, die Territorien der nordamerikanischen Union, Kanada, Australien, Südafrika, Leipzig 1914

überall fehlt eine ursprüngliche Herrschergewalt, die R. in den Interessen und dem Willen des Volkes (ggf. auch durchaus zur Monarchie) verankert ansieht

Politische Kritik durch Forderung nach "Autonomie"

Politisch getragen von den Parteien, die (noch in der Minderheit) für Demokratie eintreten

Sozialdemokratie und linksliberale Fortschrittspartei

verdichtet sich zur Forderung nach "Autonomie" (bis 1918) im Sinne eines gleichberechtigten deutschen Bundesstaates mit Verfassung und eigener Regierung (und besonders heikel: eigenem Staatsoberhaupt)

anderer Sprachgebrauch seit 1918: "Autonomie" im Zentralstaat fordert Sonderrechte (Sprache, Kirche, Kommunalverfassung) innerhalb der Französischen Republik

sog. droit local, erst nach 2000 vom Conseil Constitutionnel anerkannt und von der Assemblée Nationale im Wege der Gesetzgebung verändert (indem eine 1924 gestrichene Regelung im Grundbuchrecht in französischer Sprache wieder eingeführt wurde)

Michel Bréal und die Neutralisierung von Elsass-Lothringen im Kontext der Balkankrisen vor 1914

Aufsatz des 83-jährigen Michel Bréal 1913

La Neutralisation de l'Alsace-Lorraine.

E mot de neutralisation a été prononcé deux fois cette semaine. (1) Il a été prononcé, à l'occasion de l'Albanie, dans un communiqué de la réunion des ambassadeurs à Londres, et il a reçu, autant que je puis voir, un applaudissement unanime. Il a été prononcé, d'autre part, dans un article nullement officiel, mais très documenté, d'un des collaborateurs de la revue La Paix par le Droit. Cette fois, c'est à l'occasion de l'Alsace-Lorraine.

Aufsatz von Bréal in "La Paix par le Droit. Revue de la Paix 23 (1913), p. 36

Anlass I: Neutralisierung des neuen Albanien 1912

Bréal hat den Aufsatz im Dezember 1912 geschrieben Schwäche des Osmanischen Reichs nach dem gewaltsamen Sturz des Sultans führt zu Balkankriegen

Dezember 1912: Südliches Albanien erklärt seine Unabhängigkeit

beansprucht außer Bergen und Meer v.a. die fruchtbare Ebene des Kosovo in Serbien

Großmächte wollen Ausgleich (gegen Serben, Griechen, Italiener)

kleines Staatsgebiet, Neutralisierung, möglichst landfremder Monarch 'von oben'

Fürst Wilhelm I. von Albanien (1876 – 1945)



eigentlich Prinz zu Wied, dritter Sohn einer seit 1806 nicht mehr herrschenden protestantischen deutschen Fürstenfamilie von seiner Tante Elisabeth von Rumänien 1913 vorgeschlagen herrscht von März bis

September 1914

Kontext II: Friedenskundgebung in Mülhausen i. E. 5.12.1912

1.500 Männer und Frauen aller Schichten, einberufen von der liberalen Fortschrittspartei

« M. E. Drumm critique le discours du Chancelier au Reichstag, et sa façon de parler de la paix en faisant cliqueter le sabre. Il fait, en quelques phrases, l'historique du conflit qui nous met à deux doigts de la guerre; il dénonce les ambitions autrichiennes et flétrit les guerres de conquête comme celle de l'Italie en Tripolitaine. M. Drumm est partisan lui aussi du rapprochement franco-allemand ainsi que de la paix générale, et voudrait voir liquider la question d'Alsace-Lor-

raine par l'octroi d'une autonomie complète à notre pays. Toute l'Europe, dit-il, s'occupe de l'autonomie de l'Albanie, mais personne ne s'occupe de celle de l'Alsace-Lorraine. M. Drumm vante les bienfaits de la paix et montre le désastre que causerait une guerre entre les six grandes puissances, la ruine économique qu'elle entraînerait, le danger de la concurrence américaine et le péril jaune dont a parlé l'empereur. Il montre aussi ce qu'ont d'immoral les groupements

wie der Aufsatz von Bréal in "La Paix par le Droit. Revue de la Paix 23 (1913), p. 17-20

Ergebnis: Resolution Mülhausen 5.12.1912

Gegen Aussagen von Reichskanzler Bethmann-Hollweg im Reichstag am 2.12.1912 nach Monaten der Balkankrise, worin er für den Fall eines Konflikts den deutschen Bundesgenossen die deutsche Bündnistreue versicherte:

« En raison de l'extraordinaire tension de la situation internationale et des menaces de guerre, l'assemblée convoquée par le parti progressiste de Mulhouse estime qu'il est de son devoir de manifester sa volonté de maintenir la paix. Comme Alsaciens, nous protestons contre toute tentative pour pousser à une guerre meurtrière les deux grandes nations civilisées, l'Allemagne et la France, dont les qualités et les services rendus à la civilisation se complètent et sont nécessaires au progrès de l'humanité.

« L'assemblée espère et compte qu'une entente pacifique interviendra et dissipera la tension existante, tension dont nous autres Alsa-

ciens nous souffrons particulièrement.

« L'assemblée proteste énergiquement contre les chauvins des deux nations, qui prétendent que la guerre, seule, est capable d'améliorer la situation politique de ce pays. Nous repoussons toute immixtion étrangère dans nos affaires, que nous désirons conduire nous-mêmes.

Echo der Resolution im Reichstag 15.4.1913 Dr. Georg / Georges Weill (SPD)

In Gifag-Lothitingen haben Rundgebungen bon Un-

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten) Kundgebungen 3. B. in Mülhausen, in denen bon den Rednern sämtlicher Parteien eiklärt worden ist, daß unter Wahrung der berechtigten Interessen des eigenen Landes niemand im Lande den Wunsch nach einem Krieg habe oder auch nur entfernt daran denke, um den Preis eines Krieges irgendwelche Wünsche erfüllt zu sehen.

(Sehr richtig! bei ben Elfaß-Lothringern. — Sört! bört! bei ben Sozialbemofraten.)

In dem Pariser Organ der Sozialdemokratie, in der "Humanite", sind außerdem eine Reihe Interviews gerade bürgeilicher Politiker aller Parteien veröffentlicht worden, die sich im gleichen Sinne ausgesprochen haben. Selbst derzenige, der sich als den letten der Protestler bezeichnet hat, der frühere Reichstagsabgeordnete Balance, hat unter Hinzusügung von allerhand sicherlich dilettantenhasten Borschlägen doch den Grundsatz vertreten: einen Krieg wünschen wir nicht! Und die anderen, die von dieser Zeitung vernommen worden sind — und unter ihnen, wie die Gerechtigkeit gebietet hervorzuheben, auch unser Herr Kollege Wetterle — haben gleichsalls erklärt: wir wünschen keinen Krieg; wir wünschen alle die Lösung der sogenannten elsaß-lothringischen Frage auf dem Wege der

Autonomie, der Selbstregierung und Selbstverwaltung. Meine Herren, unter den Einhetmischen
in Eisab-Loihringen, unter den eingewanderten Altbeutschen, in der gesamten Bevölkerung finden sich wirklich
nur sehr wenige, die nicht mit der gleichen Energie für
dieses Ziel einträten. Wir wollen die Selbstregierung;
wir wollen, daß dieser Anspruch erfüllt werde, gemäß den
Traditionen eines Bolfes, das auf eine demokratische und
republikanische Bergangenheit zurücklicht.

Meine Herren, ich weiß ja: die alldeutschen Rationaliften, die nicht minder schlimm und vollsfeindlich find

als die frangofifchen,

(fehr richtig! bei ben Sozialbemokraten) wollen babon nichts wiffen. Schon als ber fehr be-

Ungenutzte Chance im Ersten Weltkrieg zur inneren Befriedung

Zwei Logiken der Lösung internationaler Nachbarschaftskonflikte

Völkerrechtlich

Neutralisierung unter internationaler Garantie (Luxemburg 1867, Albanien 1912-1914) oder Zession (Nizza / Savoyen mit Plebiszit 1860 und Elsass-Lothringen ohne 1871)

Fokus: Ordnung des äußeren Friedens

Innerstaatlich

Ermöglichung von Selbstbestimmung (allgemeine Demokratieforderung von SPD und Fortschrittspartei in Mülhausen 1912 und öfter)

Fokus: Ordnung des inneren Friedens

Entgegengesetzte Annexionsziele im Ersten Weltkrieg

Frankreich: Zurückdrängung Deutschlands durch Rückgewinn von EL in den Grenzen von 1814 (Landau) oder 1790 (Saar), Annexion oder Neutralisation des Rheinlands und mindestens wirtschaftliche Angliederung von Luxemburg und Belgien

Deutschland: Zurückdrängung Frankreichs, dabei mindestens Annexion des Erzbeckens von Briey, Teilannexionen in Belgien (Lüttich, Flandern), Luxemburg wieder deutscher Bundesstaat, erhält dabei auch Teile der belgischen Provinz Luxembourg zurück, mitteleuropäische Zollunion (mit F! gegen GB)

Diktatfrieden von Brest-Litowsk 3. März 1918: Zurückdrängung des revolutionären Russland, breite Pufferzone Baltikum – Polen – Ukraine (wirtschaftliche Aneignung für Getreidelieferungen)

es zeigt sich erneut (erstmals bei Verletzung der belgischen Neutralität zu Beginn des Krieges), wie schwach frühere Vereinbarungen zur Neutralisierung waren

Friedensresolution der Mehrheitsparteien im Reichstag 1917

19. Juli 1917 Resolution zur Verständigung 'ohne erzwungene Gebietsabgaben'

Beginn der politischen Zusammenarbeit von Zentrum, Fortschritt und Sozialdemokratie (Abstimmung 212 : 126 : 17), die 1919 in die "Weimarer Koalition" mündete

Anlass für Sturz von Reichskanzler Bethmann Hollweg durch die OHL (Hindenburg/Ludendorff), weil es ihr unmöglich sei, "zu dem Herrn Reichskanzler das Vertrauen zu haben"

OHL bestimmt auch neuen Kanzler Michaelis

teilt nach alten Plänen das riesige Reichsamt des Inneren auf durch Abspaltung eines "Reichswirtschaftsamts"

für die personalaufwendigen Fragen sowohl der Wirtschafts- als auch der Sozialpolitik

Dabei fördert die Fortschrittspartei die Idee, ihren Straßburger Bürgermeister Rudolf Schwander zum Staatssekretär dieses Amtes zu berufen (am 5.8.1917)

Öffnung der Diskussion I: Varianten

Auflösung als Reichsland und Übergang an eine Monarchie (ganz an Preußen, Teilung Preußen / Bayern /, evtl. Baden)

Autonomie für das Elsass, durch die das Reichsland zu einem vollwertigen Bundesstaat wird

dabei monarchische Variante: Versorgung von zweitgeborenen Prinzen

republikanische Variante von Harry Graf Kessler und wohl auch Staatssekretär Kühlmann: "Republik [...] nach Art Hamburgs oder Bremens" könnte die französischen Sozialisten wegen der Suggestivkraft des Begriffs zu Friedensfreunden machen

Bayerns Ministerpräsident Graf Hertling am 1.8.1917 gegen Bundesstaat

Jn newester Zeit scheint, wie Eurer Exzellenz bereits bekannt geworden ist, in Reichstagskreisen eifrig dafür Stimmung gemacht zu worden, als Grundlage für eine Verst digung mit Frankreich Elsaß-Lothringen alsbald die volle bundesstaatliche Selbständigkeit zu gewähren. Jeh brauc Euror Exzellenz nicht nochmals auszuführen, wie durchaus verfehlt und verhängnisvell ich einen selchen Schritt so wohl aus inneren Gründen wie namentlich vom äußerpolitischen taktischen Gesichtspunkte halten würde. Joh glaube nicht, daß Eure Exzellenz geneigt sein werden, dem Reich tage, der in seiner optimistisch-liberalen Beurteilung de elsas-lothringischen Dinge mehrfach schwere Misgriffe begangen hat, in dieser nach außen und innen so wichtigen Frage die Führung zu überlassen.

gez. Hertling.

Kreuznacher Konferenz 9.8.1917 zwischen neuem RK Michaelis und OHL

zu EL keine Entscheidungen, aber als Kompromiß angedacht eine nur wirtschaftliche Durchdringung, dann von STS des AA Kühlmann vertreten (seit 7.8.1917 im Amt

OHL stimmt verklausuliert zu

PRÜFEN

Rücknahme 1918 →

Herzogtum für bayerischen, dann für württembergischen Prinzen (23.8.)?

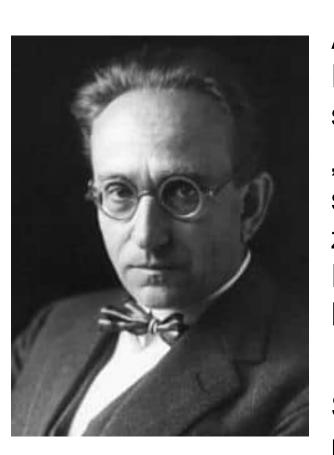
Derzogfum Elfaß: Lothringen.

München, 23. Auguit. (I. II.)

Die "Mündhener Neuesten Nachrichten" veröffentlichen heute folgende Meldung aus Straßburg: In Straßburger Regierungsund Abgeordneienfreisen wird gegenwärtig die unmittelbar bevorstehende Berwaltungsanderung für Elfaß. Loth. ringen lebhaft besprochen. Es soll das Reichsland als solches aufgelöst und in die neue Staatssorm eines Herzogtums umgeleitet werden, mit welcher Angelegenheit sich in den Septembertagen der Reichstag zu beschäftigen haben würde.

Un die Spipe des neuen Berzogtums follte gundchit ein banerifcher Pring berufen werden. Da jedoch von diefer Seite eine grundfahliche Ablehnung erfolgte, wird nunmehr als Regent in Glinft-Bothringen ein Mitglied aus ber fatholischen Linic bes Saufes Urach genannt.

Diskussion II: Alfred Kantorowicz 3.8.1917 für Verfassungsgebung durch Landtag



Alfred K. (1877 – 1940), Prof. in Freiburg, Rechtstheoretiker, 1923 Gutachten Kriegsschuldfrage (Druck 1967), 1933 emigriert "Über die Erleichterung des Friedensschlusses durch Erhebung der Reichslande zum Bundesstaat", über Abgeordneten der Fortschrittspartei an Reichskanzler Michaelis und Vizekanzler Helfferich

Schlagwort "Selbstbestimmungsrecht" nutzen und den Landtag sofort frei eine Verfassung beschließen lassen:

"sie wird republikanisch sein"

Kantorowiczs Gründe für die Republik

therhoupt mir zwei Beschlüsse: Jass Elsess-Lothringen eine Republik werde oder ein parlamenterisch regiertes Grossberzegtum mit einem katholischen Pürsten. Anne die vorwickelte Prage, was vormischen sei, hier im Vorübergehen lüsen zu wollen sei hierum folgendes bemerkt: vom monarch schen Standpunkte kommt am ersten die republikanische Lösung in Prage. Benn gerade der Monarchist kann nicht wünschen, den Thron mit einem Reien aufgerichtet zu sehen, auf dem er nicht bedenständig wäre. Altenzens Spuren migen schrecken!

Staatoform. Die gebildete, also führende Schicht Elsass-Lothring-

ens fühlt überwiegend französisch aus keinem anderen Grunde als

weil Prankreich demakratische hapitilk ist, und si seltst seit dem für ihr politisches Gemütsloben entscheidend gewordenen Breignis der Grossen Rovolution demokratisch und republikanisch empfinden gelernt hat, während sie von Preussen-Deutschland mehr die sutekratische Aussensolte an ihrem Leibe verspürt hat. Ganz von Herzen wohl mirde sich das elsess-lothringische Volk mur als Republik in einem republikanischen Deutschland fühlen, da es dies aber nicht erwarten kunn, wurde es sich auch als auserwählte Republik in einem kniserlichen Deutschland das Leben gefallen lassen und als eingefleischter Partikularist den "Schwoben" ihre

Pürsten innig gönnen. Wie das sicherste Mittel, um die 1 } Million-





Diskussion III: Sozialdemokratischer Verein Mülhausen für die Republik, 6.9.1917

```
1. Einführung der republikanischen Staatsform.

1. Die Vornahme der Landtagswahlen nach den Verhält-
niewahlrecht.
```

Pressebericht von der Militärzensur selbst im Elsass zugelassen!

Bericht des Statthalters

innerlich ist jetzt schon die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung für die republikanische Staatsidee,

nicht nur Sozialdemokraten, auch Fortschrittspartei und Zentrum

Hefferich würgt Reichstagsantrag ab

Mehrheitsparteien bringen am 28. September 1917 eine Resolution ein, die im Protokoll unerkennbar gemacht wurde, was sich Vizekanzler Hellferich anrechnet.

Im Protokoll steht nur, dass die Presse mehrfach auf die strenge Vertraulichkeit aufmerksam gemacht wurde. Ein Antrag des Abg. Hauss (Zentrum) mit Fortschritt und SPD, "der sich auf das Reichsland Elsass-Lothringen bezieht", sei nach einer Geschäftsordnungsdebatte, (die eine politische Diskussion war) "vorläufig zurückgezogen" worden:

"Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: 1. Dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach das Reichsland Elsass-Lothringen zum selbstständigen Bundesstaat erhoben und ihm im Reiche völlige verfassungsmäßige Gleichstellung mit den übrigen Bundesstaaten gewährt wird; 2. zwecks Festsetzung der Einzelheiten dieses Gesetzentwurfs den Landtag für Elsass-Lothringen alsbald einzuberufen."

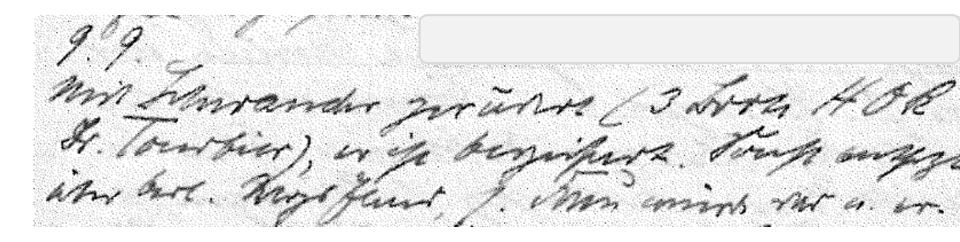
Niederlage auch im Preuß. Staatsministerium

RK Michaelis hatte den Parteien wohl gewisse Zusagen gemacht, und sein Vizekanzler hatte im Reichstag dagegen gearbeitet.

Unter Zeitdruck, erreichte Michaelis von den Parteien nach dem 28.9.1917 noch eine Woche Aufschub erreichen. Doch am 1.10.1917 lehnte das – in Elsassfragen immer entscheidend beteiligte – Preußische Staatsministerium diese Pläne seines Vorsitzenden Michaelis rundum ab

Und dabei blieb es.

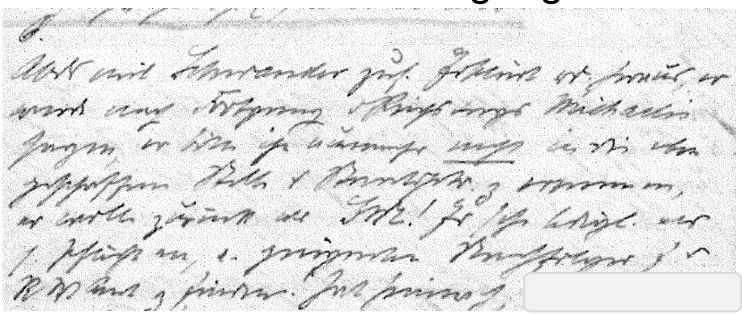
Schwander seit Anfang September 1917 in Berlin



9.9.
Mit Schwander gerudert (3 Boote HOR
Dr. Tourbier), er ist begeistert. **Sonst entsetzt über Berl[iner] Reg[ierungs] Elend** [...]

Kriegstagebuch von Alexander Dominicus, Beigeordneter von Schwander in Straßburg, seit 1911 Oberbürgermeister von (Berlin-) Schöneberg

6.10.1917 Rücktrittsankündigung Schwanders

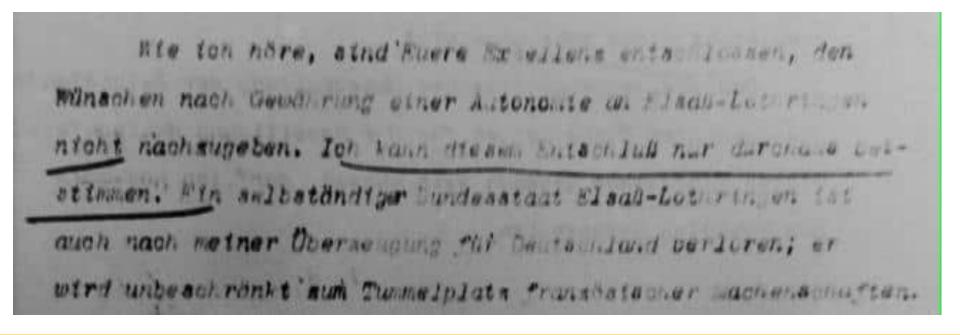


6. [Oktober 1917]

Abends mit Schwander zus[ammen]. Erklärt r[un]d heraus, er werde nach Fortgang [des] Reichstags Michaelis sagen, er bitte ihn nunmehr nicht in die eben geschaffene Stelle e[ines] Staatssekr[etärs] zu ernennen, er wolle zurück n. Str[aßburg]! Er sehe lediglich als s[eine] Pflicht an, einen geeigneten Nachfolger f[ür] d[as] R[eichs]W[irtschafts]Amt zu finden. Hat Heimweh, [...]

Weshalb entschloss sich Schwander am 6. Oktober 1917 zum Rücktritt? – Eine Vermutung

Am selben 6. Oktober 1917 bestärkte **General Ludendorff aus dem Großen Hauptquartier in Bad Kreuznach** Reichskanzler Michaelis, an die Autonomie nicht einmal zu denken *missing link*: war das – telefonisch vielleicht - vor dem Eintreffen des Briefs am 10.10. bekannt?



Hindenburg distanziert sich 1918 von sich selbst

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat mir Abschrift
seiner Denkschrift über Elsaß-Lothringen (A.S.1369) zugehen
lassen. Sie gibt mir zu folgenden Bemerkungen Anlag:

1) Daß ich bei den Kreuznacher Besprechungen vom 9.8.17 mit
Euer Exzellenz Herrn Vorgänger dem Gedanken der Autonomie 21saß-Lothringens gegenüber keine ablehnende altung eingenommen
hätte, kann ich nicht unwidersprochen lassen. Jeh nehme an, daß
der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sich hierbei auf den
Batz in Ziffer 9 des Besprechungsergebnisses bezieht, in dem
es heißt: "Soll Elsaß-Lothringen gemäß der Anregung der Reichstagsmehrheit Bundesstaat werden, so kann man sich nach Ansicht

der Obersten Heeresleitung nur dann damit abfinden, wenn die oben angeführten Maßnahmen (zur Pörderung des Deutschtums)

darage habe ich weder nach noch vor den Besprechungen von

Fraugnach jemals sin Hohl gemacht.

durchgeführt sind." Dieser Satz gilt nur im Zusammenhang mit der damaligen innerpolitischen Lage. Die damaligen Beratungen vom 9.8.17 standen unter dem Zeichen der Resolution der Reichstagsmehrheit und ihrem Streben nach Macht. Es war sehr zweifelhaft, ob die Reichsleitung die Kraft finden würde, sich der Anregung der Reichstagsmehrheit zu entziehen. Für dieser Fall hatte der frühere Herr Reichskanzler die Frage zur akademischen Erörterung gestellt. Das ich die Autonomie für verhängnisvoll halte.



Wiederholung im Oktober 1918 als ungeeigneter Versuch zu ungeeigneter Zeit

. .

Unerwartete Kriegswende am 29.9.1918: Waffenstillstand und Demokratisierung

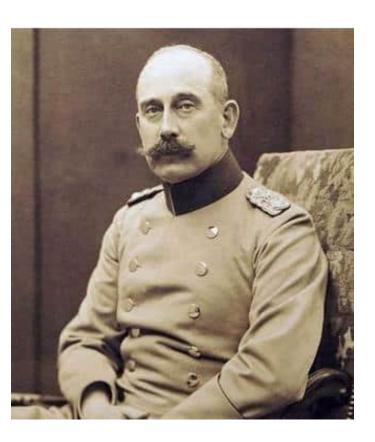
Da die Westfront stündlich zusammenbrechen könnte, verlangt Ludendorff schnellstens einen Waffenstillstand, den die von ihm verachteten Parteipolitiker verhandeln sollen

"Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben"

Reichskanzler Graf Hertling tritt zurück und auf seinen Rat erklärt der Kaiser für die Zukunft,

"daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfang teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung"

Umbau der Reichsleitung unter Reichskanzler Prinz Max von Baden



Mehrheitsparteien erneut ohn e eigenen Kandidaten

Reichskanzler Prinz Max von Baden akzeptiert die "Vierzehn Punkte" von US-Präsident Wilson für den Frieden – und damit die Rückkehr des Reichslands zu Frankreich vier neue ,politische' Staatssekretäre aus dem Reichstag keine Vertrauensabstimmung, nur Verständigung mit den Führern der Mehrheitsparteien

Langsamer Umbau der Reichsverfassung

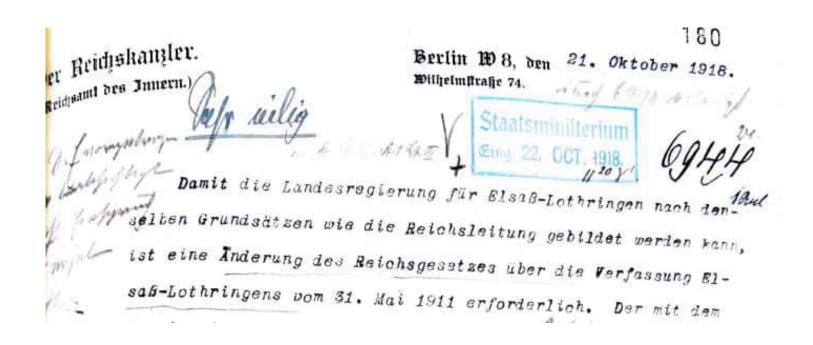
- 5.10.1918 Reichskanzler: "Auf meinen Vorschlag sind die Führer der Mehrheitsparteien zu meinen Ratgebern berufen"
- 17.10.1918 Aufruf SPD-Vorstand: mit ganzer Kraft für die "Parlamentarisierung und **Demokratisierung** unseres Landes" einsetzen
- 21.10.1918 Kaiser: "Ich [habe] den entscheidenden Schritt getan in neue Verfassungszustände"
- 22.10.1918 Reichskanzler in Debatte: Aufhebung der Inkompatibilität (Minister / Abgeordnete) dient "zur besseren Verbindung" von Reichstag und Regierung

Begrenzte Parlamentarisierung in der "Oktoberverfassung" vom 28.10.1918

Art. 11: Kriegserklärung und Friedensschluß nur mit Zustimmung von Bundesrat und Reichstag Art. 15: Reichskanzler bedarf des Vertrauens des Reichstags [nicht aber: wird vom Reichstag gewählt]; Reichskanzler und Stellvertreter sind dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich Art. 17: gestrichen: Reichskanzler "ist verantwortlich" Art. 53 und 64: Offiziersernennungen "unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers"

Noch später Beginn des Umbaus im Reichsland

Wie im alten System ein Entwurf von oben vom 21.10.1918 zur Änderung der Verfassung von E-L analog zu den neuen Regeln im Reichstag



Erst 23.10.1918 Schwander als Statthalter, Hauss als vorläufiger Staatssekretär

Reichs= und Staatsanzeiger

27r. 252 vom 23. Oktober 1918.

Deutiches Reich.

Seine Majestät der Kaiser haben Allergnädigst geruht: den Statihalter Dr. von Dallwip von dem Amt als Kaiserlicher Statihalter in Sijak-Lothringen unter Bewilliaung

Raiferlicher Statthalter in Slaß-Lothringen unter Bewilligung der gesetzlichen Pension und unter Verleihung des hohen Ordens vom Schwarzen Abler abzuberufen und

an beffen Stelle ben Bürgermeifter ber Stadt Strafburg, Staatssetretar a. D., Wirklichen Geheimen Rat Dr. Schwander jum Raiserlichen Statthalter in Gifag-Lothringen zu ernennen.

Seine Dajeftat ber Raifer haben Allergnabigft geruht:

bem Staatssefretar für Elsaß-Lothringen, Wirklichen Gesteimen Rat Freiherrn von Tschammer und Quarit die nachgesuchte Entlassung aus seinem Amte unter Berseihung des Königlichen Kronenordens I. Klasse zu erteilen. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Stoatssefretars für Elsaß-Lothringen ist das Mitglied des Reichstags und des Elsaß-Lothringischen Landtags, Buchdruckereibesitzer Hauß beauftragt worden.

Am selben Tag, 23.10.1918, Schwanders Analyse: nur noch Neutralität ist möglich

pereiniteh bin nach reiflicher seek wie vor der Netnung . des Volkosbetimmeng sich nicht s ter Erkenninis nicht verschliesstrelisierung die einst-Versamslungen ungestört mugele

Telegramm an Staatssekretär des Innern, Trimborn (Zentrum)

Volksabstimmung für Autonomie innerhalb Deutschlands wäre nicht mehr erfolgreich

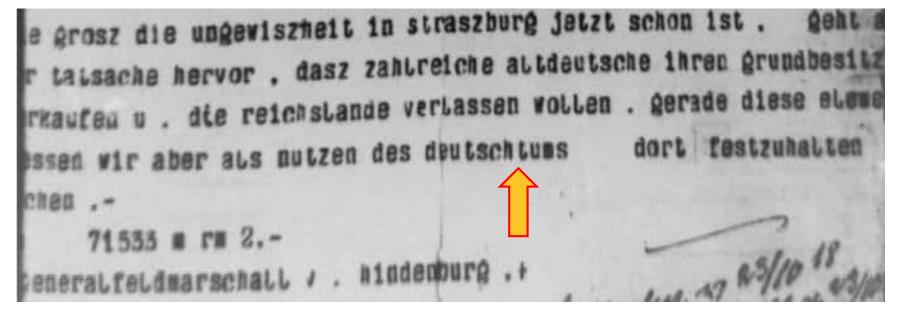
Neutralisierung als Ausweg zur Rettung des "Deutschtums"

Unausgesprochen – Neutralität führt auch zur Republik

Am selben 23.10. lehnt Hindenburg gegenüber Max von Baden die Neutralität von E-L ab

```
in straszbirg mehren sich die geruechte . dasz die raeumung u .

neutralisierung elsass - Lothringens von der reichsteitung ernstbie
in erwaegung gezoget worde . angehlich wird auch von seiten der
neuen regierung daran gedacht , die stimmung in der schweiz fuer ei
neutrales elsasz - Lothringen zu beeinflussen .
```



Am selben Tag, am 23.10.1918, letzte Rede eines elsässischen Abgeordneten im Reichstag

flärung des Herrn Dr. Ridlin Die Bestimmung über unser Los hat das deutsche Reich in die souveräne Hand des Friedenskongresses gelegt. Es wäre in der elsaß- lothringischen Bevölkerung seltsam empfunden worden, wenn wir in diesem Hause der mit einem Schlage böllig veränderten Lage keine Rechnung getragen hätten, wenn wir hier so gesprochen hätten, als ob jene große Entsichließung nicht dastände und wir nichts davon wüßten, oder als ob wir in reizender Naivität ihre Bedeutung nicht durchschauten.

Es wäre eine Irreführung des deutschen Bolkes, es glauben zu lassen, daß mit einer Neuordnung der Berhältnisse in der Südwestede des Reichs nun in flammender Baterlandsbegeisterung ein reichstreudiger neuer deutscher Bundesstaat entstehen würde, und dem Präsidenten Wilson damit ein dider Federstrich durch seinen § 8 gemacht wäre. Es sollte die Erklärung vor Erwartungen warnen, als ob irgendeine Neuordnung in Elsaß-Lothringen heute noch einen Umschwung in einer Simmung herbeissihren konnte, wie sie durch Mißgrisse ohne Maß und Jahl in 44 Jahren zugrunde gelegt worden ist und wie sie der Krieg mit all dem Jammer der Militärherrschaft im Operationse und Etappengediet zu einem Berg der Berärgerung und Erbitterung aufe getirmt hat. Es mag hart klingen, es heute sagen zu

Schwanders verlorene Initiative am 25.10.1918: Verfassungsgebung durch den Landtag

Vorentwurf eines Gesetzes über die Anerkennung ElsaßeLothringens als Bundesstaat.

gleichberechtigter Bundesstaat beantragen, sobald es seine staatliche Verfassung im Wege der Landesgesetzgebung geregelt hat. Der Antrag kann vor dem Jukrafttreten des auf diesem Wege erlassenen Verfassungsgesetzes von dem Statthalter mit Zustimmung des Landtags gestellt werden.

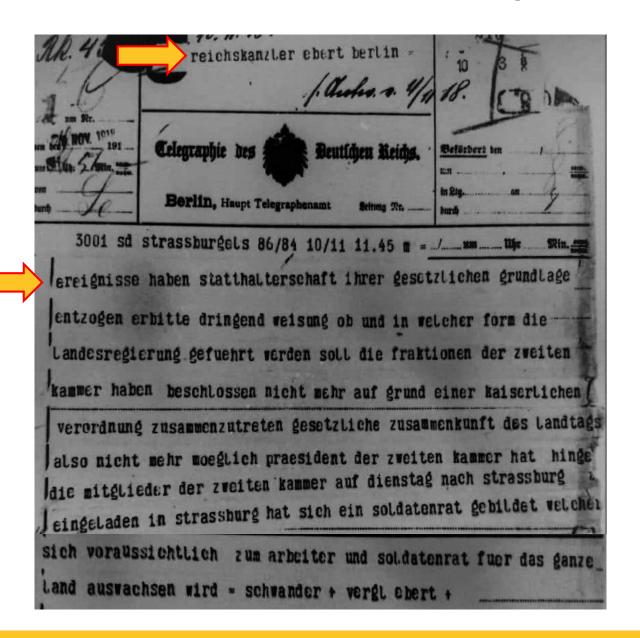
Politischer Sinn

Der Entwurf vom 21.10.1918 aus dem Reichsamt des Innern konzentriert sich auf die Frage der Autonomie = Anerkennung als gleichberechtigter Bundesstaat in nerhalb des Reichs

Schwander will die umgekehrte Reihenfolge: zuerst die demokratische Verfassungsgebung aus eigenem Recht des Volkes in Elsass-Lothringen,

danach erst "kann" - nicht: "muss" – das Land die Anerkennung als gleichberechtigter deutscher Bundesstaat wollen (oder einen anderen Weg gehen, in die **Neutralität** z.B.)

Überholt von den Ereignissen



Strasburgols.

Auf heutigen Tolograms wegen resatzlicher Grundlage Statthalterschaft.

Kann Stallungnahme zu dortigen
Arbeiter- und Soluatenrat nur Jhren
Ermessen anheimstellen, ampfehle alem
Behörden Weiterarbeit unter neuen Verhältnissen, Für Zusammenkunft Mitglieder zweiter Kanmer kenn ich augenblicklich keine Vorschlüpe machen.

Roishakanzler.

Bréal 1913 und Schwander 1918

Je crois qu'il faut demander cette neutralisation comme le seul moyen d'obten r pour l'Europe une paix solide et durable. Neutra-lisation sous la protection des grandes puissances, qui n'ont pas plus d'intérêt que nous à vivre dans cet état perpétuel de défiance et d'armement.

Cans alignmein aber liegt dieser Bestrebung der begreifliche Funsch mu Grunde, das das Volk mit seinem Gebiet mieht mehr will der Sankapfel sein, um dessenwillen unaufhörlich mest große Volker und mit
ihnen der ganse Briteil under dem Druck der Hasses- und Machegefühle
und dadurch in der unausgesetzten Besergnis vor neuen kriegsrischen
Erschütterungen lebt.

Bréal 1913 und Schwander 1918

Ich glaube, dass man diese Neutralisierung als einziges Mittel fordern muss, um für Europa einen festen und dauerhaften Frieden zu sichern. Neutralisierung unter dem Schutz der großer Mächte, die ebenso wie wir kein Interesse mehr daran haben, in diesem ewigen Zustand von Misstrauen und Aufrüstung zu leben.

Ein begreiflicher Wunsch ist, "daß das Volk mit seinem Gebiet nicht mehr will der Zankapfel sein, um dessentwillen unaufhörlich zwei große Völker und mit ihnen der ganze Erdteil unter dem Druck der Hasses- und Rachegefühle und dadurch in der unausgesetzten Besorgnis vor neuen kriegerischen Erschütterungen lebt."